

This *newsletter* is also available in English.
 Cette *newsletter* est également disponible en français.

Wahlfreiheit und Würde

Altenpflege in Schweden

"Für Alleinstehende ist es schön, dass es einen Ort wie diesen gibt. Hier kommen wir mit anderen Leuten zusammen, können eine Mahlzeit bekommen oder auch selbst ein wenig kochen." Viggo Henningsen ist über 80. Er und seine Freundinnen/Freunde sitzen zusammen an einem Tisch und essen frisch gebackene Kekse.

Viggo ist Nutzer eines Zentrums für ältere Menschen in der schwedischen Kommune Nacka. Dieses Zentrum betreut Ältere nicht nur zuhause, sondern stellt auch einen Ort bereit, an dem die Menschen tagsüber zusammenkommen können. Außerdem gibt es ein Wohnheim für SeniorInnen. Insgesamt ist dies ein gutes Beispiel für Schwedens Politikkonzept, älteren Menschen möglichst lange den Verbleib im eigenen Wohnumfeld zu erlauben, selbst dann, wenn Bedarf an umfangreicher Pflege und Sozialdienstleistungen besteht. Über 90 % der älteren SchwedInnen ziehen es vor, zuhause wohnen zu bleiben. Die Option der Betreuung im SeniorInnenheim kommt erst zum Tragen, wenn alle anderen Alternativen ausgeschöpft sind - v. a. im Falle Demenzkranker. Eine noch kleine, aber stetig anwachsende, Zahl von Kommunen wie Nacka haben Modelle eingeführt, die auf der Wahlfreiheit für KundInnen beruht. Damit einher geht die

zumindest teilweise Öffnung des Pflegewesens für den Wettbewerb. Öffentlichen und privaten PflegeanbieterInnen werden Standarddienstleistungen von der Kommune gleich abgegolten. Per Gesetz sind einheitliche Qualitätsnormen für private und öffentliche AnbieterInnen festgeschrieben.

Im Zuge des von der Europäischen Kommission initiierten Programms zur Förderung der sozialen Eingliederung kamen im September 2007 ExpertInnen aus anderen EU-Staaten zu einer Peer Review nach Schweden, um sich mit dem Langzeitpflegewesen des Gastgeberlandes auseinanderzusetzen. Die TeilnehmerInnen griffen eine Reihe von Erkenntnissen auf, die auf andere Länder übertragbar sind:

- Eine Voraussetzung für echte Wahl-freiheit für NutzerInnen von Pflegedienstleistungen ist vollständige Information über das verfügbare Angebot. Eine derart umfassende Information ist jedoch für ältere Menschen zugleich sehr komplex. Zentrale Anlaufstellen ("One-stop-Shops") könnten alle relevanten Informationen bündeln und NutzerInnen und deren Familien Entscheidungshilfe leisten. Die Bedarfsprüfung muss mit der im Anschluss erbrachten Pflege in Zusammenhang stehen. Wie festgehalten wurde, stellt der universelle Dienstleistungszugang eine hervorstechende schwedische Errungenschaft dar. Außerdem erging die Empfehlung an Schweden, den Nutzen einer Verknüpfung von Gesundheits- und Sozialdienstleistungen zu überlegen.

Wahlfreiheit und Würde	1
Altenpflege in Schweden	1
Ein ansprechender Platz zum Wohnen	2
Frankreichs Plan zur Beseitigung	



- Würde ist ein wichtiger Aspekt der SeniorInnenpflege und wirft ein Problemfeld auf, das künftig auf europäischer Ebene eingehender untersucht werden muss. Zuhause zu leben ist der Wunsch vieler älterer Menschen; andere wiederum ziehen möglicherweise eine Betreuung im SeniorInnenheim vor, da es mehr Sicherheit bietet. Die TeilnehmerInnen würdigten den Ausgleich zwischen häuslicher und Heimpflege im schwedischen Modell.
- Um eine hochstehende Qualität zu gewährleisten, müssen Messinstrumente eingesetzt werden. Es müssen Qualitätsindikatoren aufgestellt werden, und einem Vorschlag zufolge könnte dies auf europäischer Ebene geschehen. Eine ausreichende Versorgung mit gut ausgebildeten Pflegekräften ist wesentlich. Gute Entlohnung, positive Anerkennung ihres Status und gute Ausbildung sind erforderlich. Die Qualitätsproblematik geht mit der Frage der finanziellen Tragfähigkeit von Pflegedienstleistungen einher. In Schweden wurden eingehende Analysen dazu angestellt, aus denen die TeilnehmerInnen wertvolle Erkenntnisse ziehen konnten.
- Es gilt, in der Pflegeversorgung den optimalen Ausgleich zwischen zentraler Steuerung und lokaler Autonomie herzustellen. Es wurde angeregt, dass diese Frage von den Ländern sinnvollerweise gemeinsam erörtert werden könnte.
- Der Rückgriff auf private AnbieterInnen in einigen schwedischen Kommunen war für viele TeilnehmerInnen von besonderem Interesse, ebenso wie die Zahl der Privatunternehmen in Nacka, die im Bereich der Pflegeversorgung tätig werden wollen. In den meisten anderen Ländern besteht Unterversorgung. Daneben wird der Technologieeinsatz in mehreren Peer-Ländern untersucht, nicht zuletzt auch in von der EU geförderten Projekten; die Erkenntnisse könnten gemeinsam genutzt werden.
- Einige Länder besitzen eine starke Tradition der formalen, andere wieder der informellen Pflege, welche in erster Linie von Angehörigen wahrgenommen wird. Gegenseitiges Lernen könnte in der Mitte zwischen beiden Modellen ansetzen, allerdings muss der anzustrebende Ausgleich in den verschiedenen Kulturen wohl anders ausfallen. Persönliche Pflegebudgets sind in diesem Zusammenhang möglicherweise ein interessantes Zusatzinstrument zu formaler und informeller Pflege. Diese Budgets ermöglichen, über ein individuelles virtuelles Konto Pflegeleistungen zu kaufen, BetreuerInnen zu beschäftigen oder Personalaufwendungen für Dienstleistungen für den persönlichen Bedarf zu tätigen.

Auf folgender Website finden sich ausführlichere Informationen zur Peer Review sowie alle dazugehörigen Dokumente zum Herunterladen: <http://www.peer-review-social-inclusion.net/peer-reviews/2007/freedom-of-choice-and-dignity-for-the-elderly>

Ein ansprechender Platz zum Wohnen

Frankreichs Plan zur Beseitigung von Substandard-Unterkünften

In Frankreich ist angemessenes Wohnen heute ein grundlegendes Menschenrecht: Das Recht auf eine Unterkunft ist seit 5. März 2007 gesetzlich verankert. Wie geht Frankreich also vor, um den noch reichlich vorhandenen Substandard-Wohnraum zu beseitigen? Ein Aktionsplan zur schrittweisen Beseitigung

inadäquater Wohnungen wurde 2003 im Rahmen des französischen Aktionsplans zur Förderung der sozialen Eingliederung landesweit umgesetzt. Die Achse, entlang derer der Plan ansetzt, konzentriert sich auf Konsens, Rehabilitation und Wahrung des sozialen Gefüges der Gemeinschaften. Im



Bedarfsfall sind jedoch auch starke Rechtsinstrumente vorhanden, um Verbesserungen durchzusetzen und den MieterInnen-schutz zu garantieren.

Im September 2007 trafen sich ExpertInnen aus ganz Europa in Paris, um sich intensiv mit dem französischen Konzept zur Verbesserung des Wohnungswesens zu beschäftigen. Diese Peer Review gliedert sich in eine Reihe von Reviews ein, die von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres Programms zur sozialen Eingliederung und der Offenen Methode der Koordinierung abgehalten werden. Es ging darum, mögliche Erkenntnisse zu orten, die aus der französischen Praxis in andere EU-Länder übertragen werden könnten, und etwaige Empfehlungen der Peer Review-TeilnehmerInnen an das Gastgeberland zu formulieren.

Das französische Konzept umfasst ein Paket von Arbeitsmethoden und rechtlichen Durchsetzungsmöglichkeiten. In einer ersten Phase wurde eine Bestandsaufnahme inadäquater Wohnungen erstellt, womit ein Kartenwerk mit möglichen Risikozonen vorhanden war. Ein wesentliches Interventionsinstrument für die Behörden liegt in der Möglichkeit, dass VermieterInnen zur Durchführung notwendiger Arbeiten gezwungen werden können. Gezielte Enteignungen sind möglich, wobei die BewohnerInnen über eine Garantie auf temporäre oder permanente Unterbringung in einer Ersatzunterkunft verfügen. Die Behörden leisten einen finanziellen Beitrag, um die Instandsetzung ungeeigneter, gesundheitsschädlicher oder gefährlicher Wohnungen voranzubringen; außerdem werden bei notwendigen Reparaturen Sonderzuschüsse sowohl für EigenheimbewohnerInnen als auch VermieterInnen gewährt. Die Bündelung von Renovierungsvorhaben mit anderen Arbeiten zur Strukturverbesserung - z. B. Stadt-sanierung - berücksichtigt den breiteren lokalen Kontext. Besonders wichtig ist die Koordination der betroffenen Dienste. Es findet eine solide Zusammenarbeit zwischen Staat und lokalen Gebietskörperschaften statt, und es werden lokale Arbeitsprogramme und lokale Arbeitsinstrumente ins Leben gerufen. Nicht zuletzt streben die französischen Behörden Partnerschaften mit anderen AkteurlInnen aus den Bereichen Wohnungsbau, Gesundheit, soziale Eingliederung, Justiz und Polizei an - insbesondere, um Mietwucher einen Riegel

vorzuschieben.

Im Zuge der Diskussionen und von Besuchen vor Ort machten die TeilnehmerInnen der Peer Review eine Reihe von Erkenntnissen aus:

- Es besteht EU-weit eine starke Bestrebung zur Verbesserung der Wohnsituationen. Es sind jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Zuständen, Systemen und Ausgangspunkten der einzelnen Länder festzustellen.
- Die französische Vorgangsweise, vorab eine Bestandsaufnahme möglicher Substandard-Unterkünfte vorzunehmen, fand allgemeine Zustimmung. Mehrere Peer-Länder qualifizierten eine Übernahme in die eigene Praxis als sinnvoll.
- Das dänische Modell der Behördenregister mit ausführlichen, laufend aktualisierten Angaben zum Wohnungsbestand stieß auf reges Interesse.
- Die Beseitigung von Substandard-Unterkünften erfordert umfassende gesetzliche Instrumente, die wirksam umgesetzt werden. Außerdem ist eine zweckbestimmte Allokation ausreichender Finanzressourcen vonnöten - was sich mitunter als schwieriges Unterfangen erweist. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, über grundlegende Standards für Unterkünfte zu verfügen; diese könnten länderspezifisch an Einkommensniveaus und kulturelle Besonderheiten angepasst werden.
- Die französische Politik beinhaltet eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen für MieterInnen, die kurzfristig unter Maßnahmen zur Beseitigung von Substandard-Unterkünften zu leiden hätten. Andere Mitgliedstaaten könnten daran Anleihen nehmen (z. B. gesetzlicher MieterInnen-schutz im Hinblick auf das Mietverhältnis, Bereitstellung provisorischer Unterkünfte, Aussetzung der Mietzahlungen, Beratung usw.).
- Sozialwohnungen muss bei der Verbesserung der Wohnqualität eine wichtige Rolle zukommen. Der Zugang zum Eigenheim ist zwar an sich erstrebenswert, doch ist nicht garantiert, dass die



EigenheimbewohnerInnen sich die Instandhaltung der Immobilie leisten können. Dies gilt besonders in weniger reichen EU-Staaten.

- EU-Partnerschaften zur Eindämmung von Substandard-Wohnraum wären zusammen mit europaweiten ExpertInnennetzwerken eine überlegenswerte Option. Diese Review setzte sich in erster Linie mit der Bereinigung des bestehenden Problems von Substandard-Wohnungen auseinander - es wäre vielleicht sinnvoll, sich in Zukunft mit der Prävention zu befassen.
- Wohnungsfragen müssen in die allgemeine Eingliederungspolitik eingeflochten werden, und zwar auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Innerhalb der EU-Strategie zur Förderung der sozialen Eingliederung könnte die Wohnungsproblematik einen Jahresschwerpunkt bilden. Belange der sozialen Eingliederung müssen bei wohnpolitischen Entscheidungen prinzipiell berücksichtigt werden.
- Es bedarf Werkzeuge zur Evaluierung der wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitsrelevanten Effekte staatlicher Interventionen im Wohnungswesen. Diese könnten sinnvoller Weise auf europäischer Ebene entwickelt werden.
- Eine ausgewogene soziale Durchmischung ist von höchster Wichtigkeit (beispielsweise sind Ghettos jedweder Art - nach Einkommen, Klasse oder ethnischer Zugehörigkeit - zu vermeiden), ebenso wie ökologisch nachhaltiger Wohnraum.
- In vielen EU-Mitgliedstaaten ist eine sozial und wirtschaftlich bedingte Schwerpunktverlagerung von der Abriss- und Neubaupolitik zugunsten von Sanierungen, soweit möglich (und es ist nicht immer möglich), festzustellen.

Auf folgender Website finden sich ausführlichere Informationen zur Peer Review sowie alle dazugehörigen Dokumente zum Herunterladen: <http://www.peer-review-social-inclusion.net/peer-reviews/2007/national-action-plan-against-substandard-housing>